

Die letzte Generation – Teil 23

Video vom 30. Oktober 2015 von „Martus Ministries“ übersetzt:
<https://www.youtube.com/watch?v=ZT0vMUoJ1Uw>

Globaler Dschihad und islamische Einwanderung, Obama, Papst Franziskus und biblische Prophetie – Teil 6

Und noch mehr Flüchtlinge ...

<http://www.chicagotribune.com/news/local/politics/ct-durbin-syrian-refugees-met-20150916-story.html>
16. September 2015

Durbin: Amerika sollte 100 000 Syrer aufnehmen

Senator Dick Durbin von der Demokratischen Partei hatte nach einem Besuch bei vier syrischen Familien in Chicago gefordert, dass Amerika im Jahr 2016 insgesamt 100 000 syrische Flüchtlinge aufnehmen sollte. Er meinte:

„Wir haben eine reiche Geschichte im Hinblick auf diese humanitären Krisen. Wir müssen es wieder tun, so wie wir in den vergangenen Jahren auch Flüchtlinge aus Kuba, Somalia, Bosnien-Herzegowina, Vietnam und sowjetische Juden aufgenommen haben.“

Er hatte vor kurzem ein Bild eines 3-jährigen Jungen gesehen, der ertrunken und an die türkische Küste angeschwemmt worden war, nachdem das Boot, auf dem er sich befand, gekentert war. Er meinte, das Ziel der Obama-Administration im Hinblick auf syrische Flüchtlinge sei „zu zurückhaltend“, welches lediglich 10 000 vorsah. Er sagte:

„Das sind Flüchtlinge und keine Migranten. Das sind Menschen, die Kriegsoffer sind und die zum Wohle ihrer Familien fliehen mussten. Die Syrer, mit denen ich mich in Chicago getroffen habe, sind einfach nur verzweifelte Menschen, die versuchen, ein Dach über den Kopf zu bekommen und auf der Suche nach ein wenig Arbeit sind, um ihre Familien zusammenzuhalten.“

Er meinte, es sei unfair, Präsident Obama die Schuld für die Syrien-Krise zu geben. Er ist aber auch der Ansicht, dass die syrischen Flüchtlinge, die in die USA einreisen, sorgfältig überprüft werden sollten, damit sie keine Gefahr darstellen.

Ende der Übersetzung des Artikels

Weiter mit dem Video:

Aber es ist erwiesen, dass Obama eigenmächtig handelt, wenn er 100 000 syrische Flüchtlinge ins Land holen will.

<http://www.icna.org/american-muslims-thank-senators-durbin-graham/>
19.März 2011

Amerikanische Muslime bedanken sich bei den Senatoren Durbin und Graham

JAMAICA, New York (29. März 2011) – In einer Presseerklärung von heute bedankte sich der „Islamic Circle of North America“ (ICNA = Islamischer Zirkel von Nordamerika) bei den Senatoren Dick Durbin und Lindsey Graham dafür, dass sie die Anhörungen über die Bürgerrechte der amerikanischen Muslime geleitet hatten.

Die zuvor an diesem Tag abgehaltenen Anhörungen des richterlichen Unterausschuss für die Verfassung im Senat waren ein notwendiger Schritt gewesen, um der aufgekommenen Islamophobie und dem Fanatismus gegenüber amerikanischen Muslimen entgegenzuwirken. Der ICNA hatte die beiden Senatoren Durbin und Graham wegen ihrer bi-parteiischen Führung und Solidarität mit den amerikanischen Muslimen gelobt.

Ende der Übersetzung der wichtigen Teile dieses Artikels

Weiter mit dem Video:

Wie wir hier sehen, wird Dick Durbin von vielen muslimischen Gruppierungen geliebt.

<http://www.gatestoneinstitute.org/4088/islamophobia-oic-free-speech>
11.Dezember 2013

OIC klagt die Redefreiheit im Hinblick auf „Islamophobie“ im Westen an

Das allgemeine Thema, um das es in dem OIC-Dokument immer wieder geht, ist das Beharren darauf, dass die Hauptursache für die „Stereotypisierung der Islamophobie“ in den westlichen Ländern die Redefreiheit sei.

- "Der Istanbul-Prozess begann mit der Außenministerin Hillary Clinton

und der höchsten Repräsentantin für ausländische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton. Wir müssen darauf aufbauen.“ (OIC-Generalsekretär Ekmeleddin Isanoglu

<http://www.pi-news.net/2013/06/der-istanbul-prozes-geht-weiter/>
13.Juni 2013

Der Istanbul-Prozess geht weiter



Vor fast zwei Jahren — genau eine Woche vor Anders Behring Breiviks Massaker in Norwegen — haben US-Außenministerin Hillary Clinton und der Generalsekretär der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), Ekmeleddin Ihsanoglu, den so genannten „Istanbul-Prozess“ gestartet. Ihre Initiative war ein Gemeinschaftsprojekt der OIC und der USA und sollte westliche Nationen (ganz besonders die USA) in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 16/18 dazu bringen, „Intoleranz, negative Stereotypisierung und Stigmatisierung von, sowie Diskriminierung, Aufstachelung zu Gewalt und [Ausübung von] Gewalt gegen Personen aufgrund ihrer Religion oder ihres Glaubens“ zu bekämpfen.

(Von Baron Bodissey, Gates of Vienna / Übersetzung: Klaus F.)

Das letztendliche Ziel ist, dass die Mitgliedstaaten der UNO zum Erlass von Gesetzen verpflichtet werden, die solche „Stereotypisierung“ und „Diskriminierung“ aufgrund von religiösem Glauben kriminalisieren. Die Europäische Union hat zu einem Großteil bereits die Forderungen der Resolution 16/18 umgesetzt.

Was geht hier vor? Nur wenige Tage, nachdem diese Resolution angenommen worden war, sagte Generalsekretär Ihsanoglu, der „Istanbul-Prozess muss auch als Aushängeschild für die Kooperation zwischen OIC, USA und EU angesehen werden.“

Ereignisse rund um den Istanbul-Prozess erscheinen oft in mysteriöser Gleichzeitigkeit mit anderen bedeutenden Ereignissen. Manchmal nutzen seine Befürworter eine glückliche Fügung aus, wie es bei dem Breivik-Massaker der Fall zu sein scheint — welches just eine Woche nach dem Start des Istanbul-Prozesses geschah. Ersatzweise werden gewisse Ausbrüche von „Islamophobie“ sorgfältig im Voraus arrangiert, zumindest teilweise und dann im richtigen Moment als Wasser auf die Mühlen der OIC benutzt. Ein Beispiel dafür ist der berüchtigte Mohammed-Film, der offensichtlich gerade rechtzeitig zu den „Freiheit für den blinden Scheich“-Demos in Kairo am 11. September 2012 im arabischsprachigen Internet verbreitet wurde. Die Ereignisse in Bengasi haben diesem Projekt einen Strich durch die Rechnung gemacht — unmöglich zu sagen, wie es ausgegangen wäre, wenn Al Qaeda in Libyen nicht vom vorbereiteten Drehbuch abgewichen wäre.

In einer weiteren erstaunlichen Zusammenfügung begann die nächste Runde des Istanbul-Prozesses nur einen Tag, nachdem das Legal Project seinen Bericht über die EP-Resolution veröffentlicht hatte: Am 19. Juni kam die OIC zu ihrem dritten Treffen zum Thema „Religiöser Hass“ in Genf zusammen.

Hier ist die offizielle Presseerklärung der OIC.

Bemerkenswert an diesen Aussagen ist die Verschmelzung des Begriffes „Aufstachelung zu bevorstehender Gewalt“ mit „Intoleranz, negativer Stereotypisierung und Stigmatisierung von, sowie Diskriminierung... gegen Personen aufgrund ihrer Religion oder ihres Glaubens“. Aber Aufstachelung zu bevorstehender Gewalt ist auch jetzt schon verboten und überall im Westen ein krimineller Akt. Das Motiv hier ist bereits das Kritisieren des Islam als „Unterstützung religiösen Hasses, die Aufstachelung zur Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt darstellt“ zu bezeichnen und dies dann mit der Aufstachelung zu bevorstehender Gewalt gleichzusetzen, als ob Islamkritiker genau das Gleiche wären wie Leute, die von einem umgestürzten Auto herunter ihre Mitrandalierer anheizen „Tötet Weiße“ (oder „Grüne“ oder „Sambos“ oder was auch immer die verhasste Gruppe sein mag).

Dieser Logik durch seinen Umgang mit islamischer Doktrin folgend, würde Dr. Bill Warner genauso schuldhaft an moslemischer Gewalt sein, wie wenn er durch ein Megaphon Gläubige dazu aufgerufen hätte, hinauszugehen und Ungläubigen die Kehlen aufzuschlitzen. Tatsächlich wäre er sogar noch mehr schuldig, zumal Moslems — wie bereits offensichtlich wurde in der britischen Zweiklassen-„Justiz“ — niemals für öffentliche Aufrufe zum Töten von Ungläubigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Auf diese Weise wird, was als nette, flauschige Gelegenheit für „interreligiösen und interkulturellen Dialog“ angekündigt war, zu einem Mandat für die gesetzliche Unterdrückung aller Informationen über den Islam mit Ausnahme dessen, was Moslems selber zur Veröffentlichung auswählen.

Die Veranstaltung letzte Woche begann wie geplant. Nicht viel ist über den Verlauf bislang veröffentlicht worden; jedoch wissen wir, dass eine starke amerikanische Präsenz da war, wie sich für ein bedeutendes Ereignis im Rahmen des Istanbul-Prozesses geziemt.

Nachstehend einige Auszüge aus der Rede von Generalsekretär Ihsanoglu, dem „Statement Seiner Exzellenz, dem Generalsekretär beim 3. Treffen zum Istanbul-Prozess über das weitere Vorgehen bei der Implementierung der HRC-Resolution 16/18 in Genf, Schweiz (19.-21. Juni 2013)“. Teile des Textes wurden für die weitere Diskussion fett markiert:

„Der Kampf gegen Diskriminierung und Intoleranz ist eine der gewaltigsten Herausforderungen unserer Zeit. Er ist eine Angelegenheit von zentraler Bedeutung für die OIC. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts erhielt **die Debatte über religiöse Intoleranz und ihre Beziehung zur Meinungsfreiheit** größere Aufmerksamkeit sowohl in den Medien als auch im politischen Diskurs. Unglücklicherweise, ungeachtet der öffentlichen Anerkennung, die dem Kernproblem zuteil geworden ist, haben Divergenzen über die Herangehensweise die Inkraftsetzung effektiver und konkreter Gegenmaßnahmen auf der internationalen Ebene verhindert. In diesem Zusammenhang hat die OIC, der Sache aufs Höchste verpflichtet und entschlossen, eine gemeinsame Grundlage zu erreichen, einen alternativen Ansatz erarbeitet, der sich in der Resolution 16/18 über die „Bekämpfung von Intoleranz, negativer Stereotypisierung und Stigmatisierung von, sowie Diskriminierung, Aufstachelung zu Gewalt und [Ausübung von] Gewalt gegen Personen aufgrund ihrer Religion oder ihres Glaubens“ widerspiegelt.

Die in beiderseitigem Einverständnis erarbeitete Passage der HRC-Resolution vom März 2011 erhielt breite Anerkennung als eine positive Entwicklung. Sie demonstrierte die Fähigkeit der OIC, in dem sensibelsten aller Problembereiche aktueller internationaler Beziehungen einen Konsens zu schmieden. Die Resolution kodifiziert die acht Punkte, die in meiner Ansprache zur 15. Sitzung des Menschenrechtsrates im September 2010 identifiziert wurden. Diese Punkte stellen Aktionsbereiche auf nationaler wie auf internationaler Ebene dar. Ich bin hoch erfreut, dass sie die Basis für einen Konsens bilden konnten. Daraus ergab sich die Möglichkeit, sich auf die wirklichen Probleme fern von der Politisierung und Polarisierung eines ganzen Jahrzehnts zu konzentrieren.

[...]

Wir haben es nicht nur bei der Verabschiedung einer Resolution

bewenden lassen. Der Istanbul-Prozess, der zusammen mit Außenministerin Hillary Clinton und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton begonnen wurde, um auf dem Konsens weiter aufzubauen, der in die Resolution 16/18 einging, muss vorangebracht werden. **Während die Resolution einen Triumph des Multilateralismus darstellt, muss der Istanbul-Prozess auch als ein Aushängeschild für die Kooperation zwischen der OIC, den USA und der EU angesehen werden.** Unsere Zusammenkunft heute ist ein Teil dieses Prozesses. Ich begrüße ausdrücklich, dass dieser Prozess nunmehr als der zu beschreitende Weg von allen Interessenvertretern anerkannt wird. Sein Vorzug liegt in seiner Akzeptanz als kleinster gemeinsamer Nenner. Dieser Ansatz trägt ein großes Potential in sich, einen internationalen Konsens darüber zu entwickeln, wie unter Berücksichtigung von rechtmäßigen Bedenken aller Parteien in der Sache weiter zu verfahren ist. **Der wirkliche Test liegt jedoch in seiner praktischen Umsetzung.** Andernfalls wäre der Konsens zerbrechlich. Der Ansatz der Resolution 16/18 ist kein Selbstzweck. Er ist ein Mittel zum Zweck. Wir müssen darauf aufbauen.

[...]

Die zweite Sitzung der Zusammenkunft berührt eines der wichtigsten Elemente der Resolution 16/18. **Es ist hauptsächlich charakterisiert durch die Divergenz der Ansichten über die Einführung von Maßnahmen, die Aufstachelung von Gewalt aufgrund von Religion oder Glauben zu kriminalisieren.** Es muss anerkannt werden, dass ausreichende Klarheit darüber besteht, zumindest nach bestehendem internationalem Recht, wie die Befürwortung von nationalistischem, rassistischem oder religiösem Hass, die eine Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt darstellt, anzugehen ist. Dennoch ist der Prozess im Hinblick auf konzertiertes internationales Handeln für dieses Ziel von weitgehender Politisierung und Polarisierung der Angelegenheit beschädigt worden.

Lassen Sie mich ganz klar wiederholen, dass dies eine Angelegenheit von zentraler Bedeutung für die OIC ist. Der alternative Ansatz durch die Resolution 16/18 sollte die Politisierung und Polarisierung im Bezug auf Inhalt oder Titel der früheren Resolution überwinden, indem die wirklichen Probleme auf Basis eines Konsenses angesprochen werden. Der zunehmende Trend der Islamophobie ist in der Tat bedenklich in einer globalisierten Welt. Es gibt einen alarmierenden Anstieg an Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime. Es muss anerkannt werden, dass

es zunehmenden öffentlichen Druck auf die OIC-Mitgliedsstaaten gibt, konkret etwas zu unternehmen. Die alarmierende Zunahme islamophobischer Vorfälle wie das **Utøya-Massaker in Norwegen**, die **Verbrennung des Korans durch den Pastor in Florida** und die Veröffentlichung dieses **verwerflichen Trailers auf YouTube** [sic] verletzen andauernd die religiösen Gefühle von über 1,5 Milliarden Muslimen. Die politische Führung der OIC-Mitgliedsstaaten hat zur unverzüglichen Ergreifung von Gegenmaßnahmen aufgerufen. Es geschah in dieser Situation, dass die OIC als eine verantwortliche internationale Organisation ein Gremium aus bedeutenden Rechtsanwälten und Menschenrechtsexperten gründete, um die Angelegenheit aus der Perspektive des internationalen Rechts zu untersuchen. Das Gremium befürwortete den 16/18-Ansatz und den Istanbul-Prozess als die geeigneten Wege des Engagements. Es kam überein, dass keine Notwendigkeit dafür besteht, ein völlig neues gesetzliches Instrument einzuführen. Die Bestimmungen der bestehenden Instrumente, einschließlich Artikel 19 und 20 des ICCPR, sind ausreichend, die Anliegen der OIC zu erfassen. Es sind die **Fehlstellen oder Lücken in der Interpretation, Implementation und Information**, die geschlossen werden müssen. Es gibt Differenzen, die beigelegt werden müssen, um ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln. Die Anliegen aller Parteien müssen verstanden und unter Evolution einer Konsenslösung adressiert werden. Ich glaube, die Zumessung gleichen Gewichts für die Belange auf beiden Seiten könnte einen guten Ausgangspunkt darstellen. Der Istanbul-Prozess besitzt diesbezüglich eine ausreichende Belastbarkeit. Ich bin zuversichtlich, die Beratungen an dieser Zusammenkunft werden einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

[...]

Lassen Sie uns nun das Augenmerk auf das Wort „respektvoll“ richten. Eine offene und konstruktive Debatte von Ideen ist in der Tat nützlich. Sie muss hochgehalten werden als eine **Angelegenheit der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit**. Jedoch **wird sie zu einem Fall von Aufstachelung zur Diskrimination, Feindseligkeit oder Gewalt, wenn die Freiheit dazu missbraucht wird, Symbole oder Persönlichkeiten, die der einen oder anderen Religion heilig sind, zu verunglimpfen**. Es muss als eine Angelegenheit von Identität verstanden werden. Es muss anerkannt werden, dass die Menschen in einigen Teilen der Welt dazu neigen, sich mehr mit einer bestimmten Religion zu identifizieren als anderswo. Es ist deshalb essentiell, **zwischen freier Rede und Hassrede eine rote Linie zu ziehen** — daher die Bedeutung des

interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Die OIC hat als erste 1998 zu solch einem Dialog aufgerufen. Wir haben gesehen, dass der Dialog eine erhebliche Zeit fortgedauert hat, ohne viel an Ergebnissen hervorzubringen. **Was wir brauchen, ist eine Bewegung jenseits ereignisbasierter Aufrufe hin zu einem ernsthaften, strukturierten und ergebnisorientierten Dialog.** Auf ähnliche Weise könnten wir von einer integrierten Herangehensweise bezüglich internationaler Bemühungen im Kampf gegen Intoleranz, Diskriminierung und Aufstachelung zum Hass profitieren. Der Istanbul-Prozess, so glaube ich, kann als ein Weg für eine solche integrierte Herangehensweise dienen, indem er auf anderswo erreichter Verständigung aufbaut und ihr konkrete Form verleiht.

[...]

In einer Welt, die sich mit der Plage des Terrorismus konfrontiert sieht, **kann und darf die Aufstachelung zu Hass, Diskriminierung und Gewalt nicht ignoriert werden.** Andernfalls würden wir uns einem Risiko aussetzen, das wir uns nicht leisten können, nämlich, dass die Agenda von Radikalen und nichtstaatlichen Akteuren übernommen und bestimmt wird. Wir müssen handeln, um die Initiative von der Straße weg und an den Verhandlungstisch des bedeutungsvollen und ergebnisorientierten multilateralen Diskurses zu bringen. Veranstaltungen wie diese Zusammenkunft werden immer wichtiger. Unsere Beratungen hier müssen darauf gerichtet sein, miteinander verbundene Probleme mit besonderem Augenmerk auf die **Grauzonen** direkt zu adressieren. Wir müssen Strategien entwickeln, die die Lücken in der Interpretation, Implementation oder Information auf Konsensbasis abbauen können. Ich persönlich glaube und schlage vor, dass wir die **Aussichten der Entwicklung von weichen Gesetzen** näher betrachten sollten, **die das gemeinsame Verständnis der internationalen Gemeinschaft zu diesem wichtigen Problem wiedergeben können.** Das könnte in der Form von einigen Prinzipien, Richtlinien oder einer Deklaration geschehen. Ich würde es gerne der kollektiven Weisheit und dem gemeinsamen Verständnis der Experten überlassen, uns zu diesem Behufe zu erleuchten. Der Istanbul-Prozess, basierend auf den von allen geteilten Zielen, reflektiert in der Konsens-Strategie der Resolution 16/18, verleiht mir Grund zu diesbezüglichem Optimismus.

Es ist wichtig, sich Prof. Ihsanoglus Reden sehr genau anzuhören, weil zwischen den ganzen einschläfernden Textbausteinen die entscheidenden Ausdrücke und Sätze eingestreut sind, welche die

Absichten der OIC (und des Außenministeriums) für unser aller Zukunft verraten.

Wenn sich der Generalsekretär auf „die Debatte über religiöse Intoleranz und ihre Beziehung zur Meinungsfreiheit“ bezieht, dann sieht er offensichtlich nur einen möglichen Ausgang solch einer Debatte vor, nämlich den gleichen, der vor mehreren Monaten von kanadischen Imamen in Ottawa vorgeschlagen worden war: Jegliche solche Rede sollte per Gesetz verboten sein.

Bis heute, sagt der Generalsekretär, haben wir nichts getan außer geredet. **Die Zeit zum Handeln sei gekommen: „Der wirkliche Test liegt jedoch in seiner praktischen Umsetzung.“ Und nur für den Fall, sie haben es vergessen, erinnert er seine Zuhörer an „das Utøya-Massaker in Norwegen“ — das allerdeutlichste Beispiel für die fürchterlichen Konsequenzen, die unausweichlich folgen, wenn die Weltgemeinschaft nicht ein Machtwort spreche und „religiöse Intoleranz“ zum Verbrechen erkläre, d.h. auf gut Deutsch das Kritisieren des Islam.** Weitere Beispiele werden gegeben: Die „Verbrennung des Korans durch den Pastor in Florida“, Terry Jones, und der „verwerfliche Trailer auf YouTube“, der so überaus perfekt platziert war, um den Zwecken der OIC zu dienen.

Mit „Fehlstellen oder Lücken in der Interpretation, Implementation und Information“ meint er, dass einige Länder nachlässig bei ihrer Verabschiedung von Gesetzen waren, die die Inhaftierung und Strafverfolgung von Islamkritikern ermöglichen. Großbritannien, Schweden, Finnland, die Schweiz und Österreich waren offensichtlich gehorsam. Aber was ist mit den Vereinigten Staaten? Aus der Sicht der OIC ist es Zeit für Amerika, die Sache anzupacken!

Prof. Ihsanoglu betrachtet einige Arten der Diskussion als zulässige Ausprägungen von „Meinungs- und Ausdrucksfreiheit“. Aber andere Reden übertreten klar die rote Linie und werden „zu einem Fall von Aufstachelung zur Diskrimination, Feindseligkeit oder Gewalt, wenn die Freiheit dazu missbraucht wird, Symbole oder Persönlichkeiten, die der einen oder anderen Religion heilig sind, zu verunglimpfen“. Wir müssen „zwischen freier Rede und Hassrede eine rote Linie zu ziehen“.

Verunglimpfung liegt natürlich im Auge des Betrachters. Wir wissen bereits, welches Kriterium den Grad von Verunglimpfung bestimmt: Ob Moslems beleidigt sind oder nicht. Dieser Standard ist im Westen schon weithin in Gebrauch, sowohl formal als auch informell. Und da Moslems durch so viele Dinge beleidigt sind — Schweine, Hunde, Karikaturen, unbedeckte Frauen, Fehlen von Fußwaschbecken, kein Halal-Essen, Nichtmoslems, die den Koran oder die Hadithen zitieren — ist es leicht zu sehen, wie viel Redefreiheit für uns übrigbleibt, wenn der Istanbul-Prozess erst vollständig umgesetzt worden ist.

Der Generalsekretär denkt, wir müssen in die Hufe kommen und all diese netten Pläne in die Realität umsetzen. „Was wir brauchen, ist eine Bewegung

jenseits ereignisbasierter Aufrufe hin zu einem ernsthaften, strukturierten und ergebnisorientierten Dialog.“ Wegen der dauerhaft präsenten Drohung des Terrorismus — welcher das ist, was passiert, wenn eine ausreichend große Anzahl von Moslems sich ausreichend beleidigt fühlt — „kann und darf die Aufstachelung zu Hass, Diskriminierung und Gewalt nicht ignoriert werden“.

Er erkennt an, dass es „Grauzonen“ gibt, die eine Interpretation erschweren, aber sieht eine Lösung in den „Aussichten der Entwicklung von weichen Gesetzen, die das gemeinsame Verständnis der internationalen Gemeinschaft zu diesem wichtigen Problem wiedergeben können“.

„Weiche Gesetze“? Was ist das denn?

Ist es das, wenn Menschen ihren Job verlieren, weil sie sich in der Öffentlichkeit gegen die Scharia ausgesprochen haben?

Ist es das, wenn Verlage sich entscheiden, bestimmte Bücher nicht zu veröffentlichen aus Angst, ihre Herausgeber werden getötet und ihre Büros niedergebrannt?

Ist es das, wenn Soldaten von ihren Kommandeuren verboten wird, bestimmte Bücher zu lesen, bestimmte Veranstaltungen zu besuchen, oder bestimmte Meinungen, den Islam betreffend, auszudrücken? Wenn sie trainiert werden, in Richtung weg von Mekka zu urinieren?

Ist es das, wenn Hotels und Konferenzveranstalter Buchungen von Islamkritikern mysteriöserweise in letzter Minute stornieren?

Wenn das so ist, dann sind „weiche Gesetze“ bereits in Kraft. Aber ich wette, die OIC hat vor, sie über die nächsten paar Jahre noch etwas härter zu machen.

Noch einmal zurück auf die Gleichzeitigkeit von Ereignissen rund um die OIC-Konklaven, haltet Ausschau nach weiteren Geschehnissen, die sich für die Agenda des Istanbul-Prozesses wie zufällig passend ergeben.

Vielleicht ist es bereits geschehen. Vielleicht war es die Resolution, die vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde, die in irgendeiner Weise von der OIC (wahrscheinlich mit Hilfe der Europäischen Kommission) dazu benutzt werden wird, den Istanbul-Prozess in Europa zu beschleunigen.

Aber behaltet Eure Augen offen. Ekmeleddin Ihsanoglu und die OIC sind noch nicht mit uns fertig.

Fortsetzung folgt ...

Mach mit beim <http://endzeit-reporter.org/projekt/!>*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)